

Soziale Politik & Demokratie

Für eine wirkliche sozialdemokratische Politik

„Antworte auf die Erwartungen der Mehrheit der Mitglieder von SPD und Gewerkschaften, der Bevölkerung!“

**OFFENER BRIEF an den
SPD-Parteivorsitzenden Kurt Beck:**

„Mach den Antrag der SPD Dortmund für Aufhebung des Abstimmungs-termins zur Föderalismusreform zu Deiner Sache!“

(Auszüge)

Die verfassungsmäßige Ordnung des einheitlichen „sozialen und demokratischen Bundesstaates“, auf der unsere Gesellschaft sich nach 1945 aufgebaut hat, ist gefährdet.

Uns alle erreichen entsprechende Warnrufe, die sich mit zunehmender Information über die „Reform“ ausweiten.

Der DGB warnt „vor Gefahren für den politischen und sozialen Zusammenhalt im Bundesstaat“.

Die „Reform“ führt „zur Verewigung des ostdeutschen Rückstandes“, drückt Wolfgang Thierse, SPD-Vizepräsident des deutschen Bundestages, die Befürchtungen der SPD-Abgeordneten aus Ostdeutschland aus. (...)

Der Kongress der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (AfA) sah es in seiner Verantwortung, die SPD-Bundestagsabgeordneten aufzufordern, diese „Reform“ abzulehnen, „wegen ihrer tiefgreifenden Revision der Ordnung des demokratischen und sozialen Bundesstaates, die auch dem System der Flächentarifverträge das Grab schaufelt“.

Wie die SPD-Bundestagsabgeordneten M. Miersch, G. Amann und viele andere erklärt Ulla Burchardt (Dort-

mund): „Die Reform im jetzigen Zustand ist m.E. nicht zustimmungsfähig.“ (...)

Die Antworten von SPD-Abgeordneten auf die Anschreiben mit dem Offenen Brief „Stimmt mit Nein zur Föderalismusreform“ waren überwiegend von den größten Sorgen vor den katastrophalen Folgen dieser „Mutter der Reformen“ bestimmt, z.B. für die Bildung, das Beamtenrecht und das Tarifvertragssystem, den Ladenschluss, das Heimrecht, das Versammlungsrecht, für die Kinder- und Jugendhilfe, für den Strafvollzug.

Ist es möglich, dass die SPD, die ihre ganzen sozialen und demokratischen Bestrebungen auf die Verteidigung und Stärkung des „solidarischen Föderalismus“ und die Verwirklichung des Verfassungsgebots für einheitliche Lebensverhältnisse gerichtet hat, – und deren Existenz als sozialdemokratische Partei damit verbunden ist –, sich jetzt nicht die Sorge und Erwartungen 1000er ihrer Mitglieder und auch der Gewerkschaften zu eigen macht? (...)

Entspricht der Antrag der Dortmunder SPD für Aufhebung des Abstimmungstermins in dieser ernststen Situation nicht der Vernunft und dem Respekt vor der Demokratie?

Zum Inhalt:

Föderalismusreform: „Zurück in die soziale Spaltung“ (DGB-Vors. M. Sommer)

EU: Zerschlagung der Nationen in Europa Droht Belgien die Spaltung?

XIII. Gewerkschaftertreffen in Genf:

Gefahren einer neuen Gewerkschaftsinternationale

Die Demokratie gebietet: die Föderalismusreform, die „größte Verfassungsrevision“ seit 1949, kann und darf nicht hinter dem Rücken des Volkes und unter Missachtung der parlamentarischen Demokratie gegen die zunehmende Ablehnung im ganzen Land verordnet werden!

**„Es lohnt, sich einzumischen!“
(M. Miersch, SPD, MdB)**

Auf den nächsten Seiten findet Ihr Briefe und Erklärungen an den SPD-Parteivorsitzenden Kurt Beck und die SPD-Bundestagsabgeordneten, mit der Forderung, dem Antrag der Dortmunder SPD zu folgen und den Verabschiedungstermin der Föderalismusreform Ende Juni zu verwerfen. An öffentlichen Ständen und Veranstaltungen, auf SPD- und Gewerkschaftsversammlungen wurde der Offene Brief an Beck unterschrieben.

Schickt weitere Stellungnahmen aus SPD-Ortsvereinen, Bezirken und Landesverbänden, aus Gewerkschaften, von KollegInnen!

Auch in diesen letzten Tagen noch – es ist noch nicht entschieden!

AfA-Berlin: Für die Aufhebung des Abstimmungstermins

Auf einer Klausurtagung am 24. Juni hat der AfA-Landesvorstand Berlin über die geplante Föderalismusreform diskutiert.

Wie bei vielen Abgeordneten und Gewerkschaften herrschte auch hier die Sorge vor, dass die Reform ohne ausreichende parlamentarische Beratung und Information und Diskussion in der SPD, den Gewerkschaften und in der Öffentlichkeit in einem Schnellverfahren durchgeführt werden soll.

Ein Genosse erinnerte daran, dass auf dem AfA-Bundeskongress in Kassel im April mit Unterstützung durch die Berliner Delegierten der Beschluss gefasst worden sei, die SPD-Bundestagsabgeordneten aufzufordern, dieser Reform nicht zuzustimmen. Sozialdemokratische Politik müsse der Wahrung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse und der Verteidigung des „demokratischen und sozialen Bundesstaates“ verpflichtet bleiben.

Ein Genosse berichtete aus der letzten Sitzung des AfA-Bundesvorstandes.

Der AfA-Bundesvorsitzende Ottmar Schreiner habe klargestellt, dass noch nichts entschieden sei, dass es bisher

keine Mehrheit für diese Reform gebe und dass er mit Nein stimmen werde.

Der Berliner AfA-Landesvorstand wies auch alle Versuche zurück, über die Drohung, die Koalition sei gefährdet und Franz Müntefering werde beschädigt, wieder einmal eine Zustimmung der SPD-Abgeordneten zu erpressen.

Es könne nicht hingenommen werden, dass bei Entscheidungen über Verfassungsänderungen das normale parlamentarische Gesetzgebungsverfahren außer Kraft gesetzt wird.

Der AfA-Landesvorstand beschloss, sich mit einem Brief an die Berliner SPD-Abgeordneten im Bundestag zu wenden und sie aufzufordern, den Dortmunder Antrag auf Aufhebung des Abstimmungstermins über die Föderalismusreform zu ihrem zu machen!

Abteilungen der Berliner SPD wenden sich an ihre SPD-Abgeordneten, die Verabschiedung Ende Juni zu verwerfen

So schreiben die GenossInnen der Abteilung 12 in Friedrichshain-Kreuzberg in einem Brief an die SPD-Abgeordneten, an den SPD-Parteivorsitzenden Kurt Beck und an den Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion u.a. „Die Föderalismusreform darf so, wie sie derzeit geplant ist, nicht abgeschlossen werden. (...) Es ist notwendig, einer breit angelegten Information und Diskussion (...) nicht zuletzt in der Berliner SPD Platz zu geben. Gebietet ein solches Vorgehen nicht allein schon der Respekt vor der Demokratie? (...)“

Wir können es als SozialdemokratInnen nicht zulassen, dass eine Reform von dieser Tragweite, unter Missachtung der Grundsätze einer parlamentarischen Demokratie und gegen die zunehmende Ablehnung im ganzen Land verordnet wird. (...) Deshalb fordern wir Euch dringend dazu auf, entsprechend dem Dortmunder Antrag dafür zu sorgen, dass der Verabschiedungstermin für die Föderalismusreform aufgehoben wird.“

Mit großer Mehrheit hat die Kreisdelegiertenversammlung des SPD-Kreises Friedrichshain/Kreuzberg am 26. 06. 06 beschlossen, den Antrag der Dortmunder SPD auf Aufhebung des Abstimmungstermins zur Föderalismusreform zu unterstützen. Sie wendet sich dafür direkt an den Bundesvorsitzenden Kurt Beck sowie an den Berliner Landesvorsitzenden Michael Müller.

In der Antragsberatung wurde insbesondere auf den Rückstand der Ost-Länder hingewiesen, der mit der Verabschiedung der Reform niemals aufgeholt werden könnte. Die Solidarität gerade mit den Bundestagsabgeordneten aus Ostdeutschland gebiete, den Abstimmungstermin für eine gründliche Diskussion in der Partei aufzuheben. Der Druck, einem Beschluss zuzustimmen, über den die Diskussion erst jetzt richtig begonnen hat, muss von den Abgeordneten genommen werden. Ein anderer Genosse betonte, dass jede Entwicklung zum Wettbewerbsföderalismus zurückgewiesen werden muss.

Unterstützt die Kampagne (Porto-, Reisekosten usw.) durch Eure Spende!

**Konto Michael Altmann,
Kto.-Nr.: 163 50-605,
Postbank Frankfurt/M.
(BLZ 500 100 60)
Stichwort „Föderalismus“**

IMPRESSUM

Soziale Politik & Demokratie erscheint 14-tägig. Für den Inhalt der Artikel sind jeweils die UnterzeichnerInnen verantwortlich. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Nachdruck (mit Quellenangabe) ist erwünscht; bitte Belegexemplar zusenden.

NÄCHSTER REDAKTIONSSCHLUSS: 6. 7. 06

Redaktionsadresse:

Soziale Politik & Demokratie
Postfach 120 755; 10597 Berlin
Fax-Nummer: 030 / 313 16 62
E-Mail: Soziale.Politik.und.Demokratie@t-online.de - Bestellungen, Beiträge und Mitteilungen bitte an diese Adresse schicken. / www.soziale-politik-und-demokratie.de

Redaktion / HerausgeberInnen Berlin:

Carla Boulboullé, Rainer Döring,
Udo Eisner, Volker Gernhardt, Ute Grahl, Gott-
hard Krupp, Volker Prasuhn,
Birgit Schöller, Volkmar Schöne,
Klaus Schröer, Hans Weigt, Axel Zutz

HerausgeberInnen:

Brandenburg: Bodo Fast
Nordrhein-Westfalen:
Heinz-Werner Schuster, Inge Steinebach,
Bodo Schoo, Beate Sieweke,
Tina Hauptmann
Mecklenburg-Vorpommern:
Lothar Hesse
Sachsen:
Gaby Hahn, Cornelia Matzke
Sachsen-Anhalt:
Karlheinz Gerhold, Axel Bachner,
Hans Günther Rinkleib

Thüringen:

Klaus Schüller, Andreas Hähle

Hessen:

Michael Altmann, Bettina Czölsch, Rudolf Schulz, Horst Raupp

Baden-Württemberg:

Michael Futterer

Druck: gks-berlin; ISSN: 0941-6064

Der regelmäßige Bezug ist nur im

Jahresabonnement möglich.

Jahresabonnement (inkl. Porto):

50,- Euro

Ermäßigtes Abonnement:

30,- Euro

In den Preisen sind 7% MwSt. enthalten.

Konto: C. Boulboullé,
Berliner Volksbank (BLZ 100 900 00)
Kontonummer: 5629 455 002

V.i.S.d.P.: C. Boulboullé
Postfach 120 755; 10597 Berlin

Delegation von SPD- und Gewerkschaftsverantwortlichen zur SPD-Bundestagsfraktion „Der Offene Brief an Beck ist hochgradig richtig“ (Matthias Miersch)

DIE Delegation wurde von den SPD-Bundestagsabgeordneten Matthias Miersch (Hannover; Mitglied im Rechts- und Umweltausschuss des Bundestages) und Gregor Amann (Frankfurt am Main; Mitglied im Bundestagsausschuss Arbeit und Soziales) am 19. Juni 2006 im Paul Löbe-(Abgeordneten-)Haus empfangen.

Die Delegation, die sich aus 12 Mitgliedern und Funktionären von AfA-Vorständen, aus ver.di, GEW, IG BAU und IG Metall zusammensetzte, wurde getragen von den Sorgen und Erwartungen vieler Mitglieder der SPD und Gewerkschaften, wie BürgerInnen, die sich der Demokratie verbunden sehen.

Zu Beginn des Gesprächs stellte Gregor Amann den Stand und das weitere parlamentarische Verfahren zur Föderalismusreform vor. Die Abgeordneten hatten im Parlament eine zweiwöchige Expertenanhörung durchgesetzt, in der es eine Vielzahl von sehr ernst zu nehmenden Einwänden gegeben habe.

Im Namen der Delegation stellte Michael Altmann, Mitglied im AfA-Bezirksvorstand Hessen-Süd, ver.di, die großen Sorgen und den Widerstand gegen die Föderalismusreform dar.

Er erinnerte daran, dass er mit anderen GenossInnen schon auf dem AfA-Bundeskongress Anfang April für einen schließlich einstimmig angenommenen Beschluss eingetreten sei, durch den die SPD-Bundestagsabgeordneten aufgefordert wurden, die Föderalismusreform abzulehnen, „wegen ihrer tiefgreifenden



(v.l.n.r.) Die SPD-MdB G. Amann und M. Miersch, und Mitglieder der Delegation

Revision der Ordnung des demokratischen und sozialen Bundesstaates“. Ebenso habe vor allem der DGB immer wieder vor den Gefahren einer „sozialen Spaltung“ gewarnt, vor einem Lohn- und Dumpingwettbewerb, in den die Länder und Kommunen getrieben würden.

In dieser Situation haben dann H.-W. Schuster (AfA Düsseldorf) und er die Initiative für eine Unterschriftensammlung an die SPD-Abgeordneten: „Stimmt mit Nein zur Föderalismusreform“ begonnen, die mit über 600 UnterzeichnerInnen vor allem aus der SPD und den Gewerkschaften ein großes Echo gefunden habe.

Michael Altmann warf die Frage auf: „Muss man nicht in der Einführung der Studiengebühren, die in jedem Bundesland anders geregelt sind, eine Vorwegnahme der Regionalisierung, die durch die Föderalismusreform vorangetrieben

wird, erkennen?“ Nachdem schon die Arbeitszeit für die hessischen BeamtInnen erhöht wurde, wird nun auch die Möglichkeit genutzt, im Rahmen der „Unterrichtsgarantie plus“ ab dem nächsten Schuljahr den Lehrerstaus in Hessen zu entwerfen.

Aber es gehe um mehr als nur die Regionalisierung der Bildung, des Tarifvertragssystems, den Ladenschluss, das Heimrecht, die Kinder- und Jugendhilfe, den Strafvollzug durch das „Abweichungsrecht“. Mit der Föderalismusreform würden auch die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen geschaffen für eine weitreichendere Deregulierung und Privatisierung des gesamten sozialen Sicherungssystems, angefangen bei der Abschaffung eines einheitlichen Anspruchs auf Arbeitslosenunterstützung bis hin zu der von der CDU/CSU geplanten Umstellung der Krankenversicherung vom Umlageverfahren auf eine Steuerfinanzierung.

Andere Teilnehmer wiesen darauf hin, dass durch die Anwendung der Maastrichter Verschuldungskriterien, denen die Länder und Kommunen nun direkt unterworfen werden sollen, – und der in diesem Zusammenhang noch anstehenden Reform des Länderfinanzausgleichs –, der Zwang zu Privatisierungen und Haushaltskürzungen für die Länder und Kommunen zum Verfassungsgebot werde. Die Föderalismusreform setze einen Wettbewerbsföderalismus in Gang, der zu einer ruinösen Konkurrenz Bundesland gegen Bundesland, Kommune gegen Kommune, Hochschule gegen Hochschule, Schule gegen Schule führe, sowie die völlige Zersetzung des Tarifvertragssystems zur Folge haben werde. Das werde vor allem durch die CDU/CSU-Ministerpräsidenten von Bayern, Baden-Württemberg, Hessen,

(Forts. S. 4 oben)

Die SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Matthias Miersch und Gregor Amann begrüßen und unterstützen den Vorschlag für den Offenen Brief an den SPD-Vorsitzenden Kurt Beck

Beide Abgeordneten begrüßten und unterstützten den Vorschlag für einen Offenen Brief an Kurt Beck für eine Aufhebung des Abstimmungstermins.

Sie betonten ausdrücklich: **„Viele Wortmeldungen aus der Öffentlichkeit, aus den SPD-Landesverbänden, Bezirken und Ortsvereinen, aus den Gewerkschaften oder auch aus anderen Verbänden sind hilfreich. Es lohnt, sich einzumischen!“** (Aus der Pressemitteilung)

„Leistet noch weitere Überzeugungsarbeit“

In einem Schreiben an die Delegation entschuldigt sich **Ulla Burchardt** (SPD-Bundestagsabgeordnete aus Dortmund) dafür, dass sie wegen anderer Termine nicht am Empfang der Delegation teilnehmen kann. Ihre Mitarbeiterin Anja Krogh schreibt: „Sie ist aber, wie gesagt, auf

Eurer Seite und kämpft auch heute wieder in verschiedenen Gremien für das gemeinsame Anliegen.

Ulla Burchardt regt an, auch noch mehr bei den nordrhein-westfälischen Genossinnen und Genossen gegen die Föderalismusreform zu argumentieren. Ulla Burchardt würde es sehr begrüßen, wenn Ihr über Eure Kanäle in NRW noch weitere Überzeugungsarbeit leisten könntet.“

Hamburg, Sachsen und Nordrhein-Westfalen vorangetrieben, die sogar die Aufhebung der Finanzautonomie der Länder und den Einsatz von Staatskommissaren forderten, wenn sie die Verschuldungskriterien nicht anwendeten.

Die Delegierten wiesen auf den Beschluss der Dortmunder SPD hin, der die Aufhebung des Abstimmungstermins über die Föderalismusreform Ende Juni fordert, um Platz zu machen für eine breit angelegte Information und Diskussion in der SPD, den Gewerkschaften und in der Öffentlichkeit.

Gestützt auf diesen Antrag schlug die Delegation den Abgeordneten eine gemeinsame Initiative für einen Offenen Brief an den SPD-Parteivorsitzenden Kurt Beck mit der Aufforderung vor: „Mach den Antrag der SPD-Dortmund für die Aufhebung des Abstimmungstermins zur Föderalismusreform zu Deiner Sache.“

Die SPD-Bundestagsabgeordneten Matthias Miersch und Gregor Amman teilten voll die von der Delegation geäußerten Sorgen über die weitreichenden, verhängnisvollen Auswirkungen der Föderalismusreform, und betonten, dass für eine Mehrheit der SPD-Fraktion die

Reform so nicht zustimmungsfähig sei. „Der Offene Brief an Beck sei hochgradig richtig“, so Miersch. Beide Abgeordneten erklärten, dass sie ihn nur unterstützen könnten.

Es lohnt sich, sich einzumischen! (M. Miersch)

Matthias Miersch erklärte darüber hinaus, dass ein ordentliches parlamentarisches Verfahren unter den gegebenen Bedingungen nicht möglich sei. Die Abgeordneten und die Parlamentsausschüsse hätten keine Möglichkeit, die Anhörungsprotokolle auszuwerten, und stehen unter dem Druck, nichts verändern zu sollen.

Welches Demokratieverständnis verbirgt sich dahinter?

So könne man nicht mit der größten Verfassungsänderung seit 1945 umgehen, einer Reform, die nicht mehr rückholbar sei. Die Grundregeln der parlamentarischen Demokratie würden hier außer Kraft gesetzt.

Eine Folge dieser Reform sei eine völlige Rechtszersplitterung. Der zukünftige „Wettbewerbsföderalismus“, dem die

Bundesländer mit der Reform ausgeliefert werden, werde zu einer Spirale nach unten führen. „Die ungleichen Lebensverhältnisse werden in der Verfassung zementiert.“

Für die Delegation hob Michael Altmann am Schluss die große Verantwortung hervor, die auf den Bundestagsabgeordneten liegt; aber auch, dass das Gespräch das Vertrauen gibt, dass die Sorgen und Erwartungen 1.000er Mitglieder, aber auch der ArbeitnehmerInnen und GewerkschafterInnen, bei den Abgeordneten Gehör finden.

Er betonte schließlich die Entschlossenheit der anwesenden Delegierten, die Initiative zur Unterstützung des Dortmunder Antrags in den jetzt noch verbleibenden Tagen bis zum bisher vorgesehenen Abstimmungstermin breit in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, Unterschriften zu sammeln und für entsprechende Stellungnahmen aus den Gliederungen der SPD und den Gewerkschaften einzutreten.

Für die Delegation
Michael Altmann (SPD),
Frankfurt/Main
Gotthard Krupp (SPD), Berlin

„Wir hatten andere Schwerpunkte“

Delegation zu Ulrich Maurer, MdB, Fraktion „Die Linke“

Am 15. Juni 2006 gab es ein Gespräch zwischen Ulrich Maurer (Abgeordneter der Bundestagsfraktion „Die Linke“) und Delegierten der SozialdemokratInnen und GewerkschaftskollegInnen aus Berlin, die den „Offenen Brief an die SPD-Bundestagsabgeordneten: ‘Stimmt mit Nein zur Föderalismusreform’“ unterstützt haben.

U. Maurer betonte eingangs sofort, dass die Fraktion der „Linken“ komplett gegen die Föderalismusreform stimmen würde.

Für die Delegation wies Gotthard Krupp Ulrich Maurer auf die Bedeutung des Antrags der Dortmunder SPD, den Abstimmungstermin aufzuheben, hin. Er erläuterte damit das Anliegen der Delegation an U. Maurer, diese Position mit einem öffentlichen Aufruf in Richtung der SPD-Abgeordneten zu unterstützen.

Maurer verwies seinerseits auf Gespräche, die er mit SPD-Abgeordneten führt.

Von den Teilnehmern der Delegation wurde noch einmal betont, dass angesichts der Tragweite der „Reform“ alles dafür getan werden müsse, diese Reform abzuwehren.

Maurer bestätigte, dass völlig unzureichend über diese in ihren Folgen weitreichende Reform informiert worden sei.

Auch die Linkspartei.PDS habe von einer breiten öffentlichen Agitationskampagne abgesehen. Sie habe sich auf andere Themen, die ja bekannt seien, konzentriert. Schwerpunkte waren z.B. Mindestlohn und Steuerreform.

Er selbst erklärte am Ende des Gesprächs, dass diese Reform den Nationalstaat in die Luft sprengen werde.

Noch einmal auf den Antrag aus Dortmund angesprochen und auf die Möglichkeiten, die er sehe, ihn zu unterstützen, unterstrich Maurer, dass er in der Aufhebung des Termins eine Perspektive sehe und SPD-Abgeordnete deshalb noch einmal ansprechen wolle.

Aus einem Brief an H.W. Schuster

Das bundeseinheitliche Organisations- und Verfahrensrecht bildet die „Korsettstangen“ des deutschen Sozialleistungssystems. Deshalb werden die Voraussetzungen für die weitgehende Deregulierung und Privatisierung des deutschen sozialen Sicherungssystems heute im Rahmen der Föderalismusreform mit der Preisgabe dieser „Korsettstangen“ durch die SPD-Fraktion und nicht erst durch die materielle Gesetzgebung in den verschiedenen Sicherungsbereichen (z.B. **G e s u n d h e i t s r e f o r m**) geschaffen.

Bisher ist es nicht gelungen, in der Fraktion Änderungsanträge zum Erhalt des bundeseinheitlichen Organisations- und Verfahrensrechts durchzusetzen. Im Gegenteil: Aus der Berichterstattung von Olaf Scholz in der Fraktionssitzung am 20. 6. wurde deutlich, dass nicht einmal beim Heimrecht etwas zu bewegen ist.

Die Fachpolitiker der SPD sind zwar heftig bemüht. Die Mehrzahl der Abgeordneten versteht das Thema jedoch nicht oder will es nicht verstehen.

Eine andere Gruppe versteht es zwar, will aber der Führung nicht „in den Rücken fallen“ (besser gesagt: selbst keine negativen Punkte sammeln). Obwohl die verfassungsändernde Mehrheit unter Berücksichtigung der persönlichen Überzeugung der Abgeordneten eigentlich nicht vorhanden ist, wird sie so aber zustande kommen.

Inkompetenz und Ignoranz zerschlagen auf diese Weise die Eckpfeiler des Solidarsystems (einheitliches Organisations- und Verfahrensrecht). Was dann noch in den materiellen Gesetzen (z.B. Gesundheitsreform) kommt, ist eigentlich nur noch Abräumen.

Bei der CDU gibt es nicht einmal solche Diskussionen.

Harry Fuchs (Sozialexperte)

Gewerkschaftsgliederungen, wie u.a. ver.di Berlin, haben sich an ihre Bundestagsabgeordneten gewandt und sie aufgefordert, für die Aufhebung des Abstimmungstermins zu stimmen oder die Föderalismusreform abzulehnen.

Brief des Erwerbslosenausschusses von ver.di, Bezirk Berlin,
an die Berliner Bundestagsabgeordneten
**„Widerstet Euch dem Druck, der von Euch verlangt, die
Föderalismusreform gegen Euer Gewissen durchzusetzen“**

Warum wird verlangt, diesen Gesetzentwurf in einer Hau-ruck-Aktion zu verabschieden – obwohl es sich um die größte Revision des Grundgesetzes seit 1949 handelt? Erneut wird versucht, Abgeordnete ultimativ auf „Koalitionstreue“ einzuschwören, obwohl sich mit diesem Gesetz in allen einzelnen Fragen wie in seiner Gesamtheit massive Befürchtungen und Bedenken von Abgeordneten verbinden. (...) Die soziale Spaltung in Ost und West, die zunehmende Verarmung und Massenarbeitslosigkeit, die Auswirkungen von Hartz IV und das immer weitere Fortschreiten prekärer Arbeitsverhältnisse in den neuen Bundesländern, aber auch in Berlin, wird durch

ein gesetzlich erzwungenes Wettbewerbsprinzip zwischen den Ländern (...) auf die Spitze getrieben.

Wir rufen Euch als unsere Abgeordnete deshalb auf:

Widerstet Euch dem Druck, der von Euch verlangt, die Föderalismusreform jetzt – gegen Eure und unsere massiven Bedenken, gegen Euer Gewissen und ohne Respekt vor der Demokratie – durchzusetzen.

Verlangt die Aufhebung des Abstimmungstermins. Sollte dennoch am 30. Juni im Bundestag über die Föderalismusreform abgestimmt werden: Stimmt mit „Nein“ zur Föderalismusreform!

* * *

„Föderalismusreform hat weitgreifende Auswirkungen auf das gesamte Sozialrecht“

Harry Fuchs, Sozialexperte

„Nach der Föderalismusreform soll der Bund künftig nicht mehr berechtigt sein, den Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufgaben zu übertragen. Die derzeit im Bereich des SGB II unter dem Stichwort ‘Generalrevision’ diskutierte Weiterentwicklung der Aufgabenstellung von Bundesagentur und Gemeinden (Arbeitsgemeinschaften, Optionskommunen) könnte danach nur noch durch die Länder, nicht aber mehr durch den Bund geregelt werden. Die Annahme, dass es danach noch bundeseinheitliche Organisations- und Verfahrensabläufe für die Durchführung der Hartz IV-Gesetze geben könnte, ist unrealistisch.“

Bezirksfachbereichskonferenz
Gemeinden des Bezirks Düsseldorf am
21. 6. 2006 (einstimmig)

An den verdi-Bundesvorstand

Für die Aufhebung des Abstimmungstermins zur Föderalismusreform

Die verfassungsmäßige Ordnung des einheitlichen „sozialen und demokratischen Bundesstaates“, auf der unsere Gesellschaft sich nach 1945 aufgebaut hat, ist gefährdet.

Die „Reform“ (...) hat katastrophale Folgen, z.B.

- für die Bildung,
- das Beamtenrecht und das Tarifvertragssystem,
- den Ladenschluss,
- das Heimrecht,
- das Versammlungsrecht,
- für die Kinder- und Jugendhilfe,
- für den Strafvollzug.

Die Demokratie gebietet: die Föderalismusreform, die „größte Verfassungsrevision“ seit 1949, kann und darf nicht hinter dem Rücken des Volkes und unter Missachtung der parlamentarischen Demokratie gegen die zunehmende Ablehnung im ganzen Land verordnet werden!

* * *

DGB und Beamtenbund fürchten das Aus für das Ziel bundesweit einheitlicher Lebensverhältnisse

Auf einer gemeinsamen Konferenz von DGB und Beamtenbund zur Föderalismusreform erklärte Michael Sommer (DGB-Vors.): „Wer das einheitliche Besoldungs- und Tarifrecht im öffentlichen Dienst

kaputtmacht, der macht sich der Kleinstaaterei schuldig.“

Das wäre das Ende „relativ einheitlicher Lebensverhältnisse“, ein „Schritt zurück in die soziale Spaltung.“

* * *

Harald Ringstorff (SPD-Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern) sagte, dass die schon jetzt stattfindende Abwerbung gut ausgebildeter Lehrer und Polizisten aus seinem Land zeigt, was auf die ärmeren Länder zukomme. Seine Regierung lehnt die geplante Grundgesetzänderung ab.

* * *

GEW: „Nein“ zur Föderalismusreform

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hat allen Abgeordneten der im Bundestag vertretenen Parteien vorgeschlagen, das zur Zeit vorliegende Gesetzespaket zur Föderalismusreform abzulehnen.

„Insbesondere im Bildungsbereich ist die künftige Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern und das damit einher gehende Kooperationsverbot schädlich.“

„Deutschland versinkt in bildungspolitischer Kleinstaaterei“, erklärte GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne.

„Die Verlagerung der Kompetenzen für das Laufbahn-, Besoldungs- und Versorgungsrecht im Beamtenbereich auf die Bundesländer führt zu einem ruinösen Wettlauf zwischen den Ländern. Die Beschäftigten werden die Zeche mit Einkommensbußen und Verschlechterungen ihrer Arbeitsbedingungen bezahlen müssen.“ - **26. Juni 2005**

Aus dem Offenen Brief an Kurt Beck: Weitere Stimmen:

Gegenüber den Angriffen öffentlicher Arbeitgeber, die unter Hinweis auf die Föderalismusreform die Zerschlagung des Flächentarifvertrages im Öffentlichen Dienst erpressen wollten, ja die Existenz eines Tarifvertrages und damit seines Garanten, der Gewerkschaft, in Frage zu stellen drohten, sahen sich der DGB und Einzelgewerkschaften zu Aufrufen für die Verteidigung „des Flächentarifvertrages, der Tarifautonomie und der sozialen Demokratie“, der Gewerkschaftsrechte und der gewerkschaftlichen Tariffähigkeit veranlasst. - „Abgeordneten aus dem Kreis der Parlamentarischen Linken (PL) wird es sehr schwer, wenn nicht unmöglich, der Föderalismusreform im Bundestag zur notwendigen Zweidrittelmehrheit zu verhelfen.“ (Erklärung der PL)

„Das sog. Abweichungsrecht der Länder von der Gesetzgebung des Bundes ist geeignet, das Rechtssystem der Bundesrepublik zu chaotisieren und Deutschland zu einem unüberschaubaren justiziellen Flickenteppich zu machen.“ (PL-Erklärung)

* * *

Der Harzer SPD-Bundestagsabgeordnete Steppuhn wird die geplante Föderalismusreform nicht unterstützen. Steppuhn kündigte an, er werde im Bundestag dagegen stimmen. Die Pläne benachteiligten eindeutig die ärmeren Länder und somit insbesondere Ostdeutschland. Wenn der Koalitionsausschuss morgen keine wesentlichen Änderungen beschließe, werde die Föderalismusreform an der Zweidrittelmehrheit scheitern. **Mehr als 60 Parlamentarier der SPD** hatten bereits erklärt, sie würden der Reform in der jetzigen Fassung nicht zustimmen.

Detlef Bahr (ver.di)

„Solidarität und freie Bildung“ – Studenten wehren sich gegen Verschlechterung der Studienbedingungen

NIEMAND in der Großen Koalition und niemand in den Landesregierungen spricht es laut aus: In Deutschland wächst die Zahl der Studierenden stetig. Und noch weniger geben sie zu: Niemand von den Regierungsverantwortlichen ist bereit, neue Studienplätze zu finanzieren.

Laut internen Berechnungen wächst die Zahl der Studierenden von derzeit knapp 2 Millionen auf 2,7 Millionen bis 2014. Das bedeutet einen Mehrbedarf von maximal 2,4 Mrd. Euro.

Obwohl dieses unter Bildungspolitikern bekannt ist, gibt es keine Pläne, diesen Bedarf zu decken. Im Gegenteil: die Föderalismusreform sieht ausdrücklich die Eigenverantwortung der 16 Bundesländer für die Hochschulfinanzierung vor. Kleinere Korrekturen, die jetzt im Zuge der Kritik und Ablehnung dieser „Mutter aller Reformen“ eilig vorgenommen werden, ändern nichts an der Tatsache, dass alle Landesregierungen Studiengebühren und Billigabschlüsse à la Bachelor planen bzw. bereits

beschlossen haben.

500 Euro für ein Studium in Universitäten, die von Jahr zu Jahr voller werden, in denen ein Bachelor-Abschluss nicht viel zählt.

Die bisherigen Instrumente der Regierenden: Haushaltskürzungen und Senkung der Studienplätze (das Land Bremen z.B. soll bis 2010 seine Ausgaben für die Hochschulen um 100 Millionen Euro verringern) werden durch die Föderalismusreform noch an Schärfe und Härte zunehmen, und die Landesregierungen werden ihre Verantwortung auf die einzelnen Hochschulen abwälzen und somit eine Zersplitterung der deutschen Hochschullandschaft provozieren, die dem öffentlichen Hochschulwesen ein Ende bereiten wird (s. Nr. 145 dieser Zeitung).

Laut Berliner »Tagesspiegel« vom 19. Juni sei dies eine der „heißesten Baustellen“ in der derzeitigen Bildungspolitik und gibt die Worte eines Bildungspolitikers wieder, der namentlich nicht genannt werden will.

Die steigende Unterfinanzierung der deutschen Unis ist also politisch gewollt. Die Sorge, die sich unter den Regierenden ausbreitet, ist die, wieweit die Studierenden gegen die Verelendung ihrer Studienbedingungen Widerstand leisten werden.

Die derzeitigen Proteste, die es in einigen Unistädten seit Monaten gibt, sind ein Vorgeschmack auf das, was an Protesten noch kommen wird, wenn nicht nur die Zahl der Studierenden, sondern auch ihre Wut wachsen wird.

Für den 28. Juni haben offizielle Studentenvertretungen einen bundesweiten Aktionstag „für gebührenfreie Bildung“ ausgerufen. Geplant sind u.a. Großdemos in Hamburg, Düsseldorf und Wiesbaden, also in den Bundesländern, in denen jüngst die jeweiligen Regierungen Studiengebühren beschlossen haben.

Jetzt befürchten sie die einheitliche Mobilisierung der Studierenden, sogar „französische Verhältnisse“. Aber, wie gesagt: laut auszusprechen wagt es von ihnen niemand.

„Welche Aufgaben hat eine Gewerkschaft?“

INTERVIEW mit **Eva Gürster** (ver.di-Personalrätin und Vertrauensfrau aus Köln)

Frage: Du hast in einem kurzen Beitrag vor zwei Nummern dieser Zeitung schon einmal gesagt, dass der Abschluss für die Beschäftigten der Länder Deiner Meinung nach kein Kompromiss darstellt.

Eva Gürster: Ja, wir haben als Vertrauensleute den Abschluss bewertet und sind zu der Feststellung gelangt, dass die Behauptung, durch den Abschluss wäre der Flächentarifvertrag im Öffentlichen Dienst wieder hergestellt, durch die Fakten widerlegt wird (s. großer Kasten).

Frage: Wie konnte es soweit kommen?

Eva Gürster: Die streikenden Kollegen haben den Streik mit großer Entschlossenheit und mit einem großen Durchhaltevermögen geführt. An ihnen hat es nicht gelegen. Ich habe in der vorletzten Nummer der »Sozialen Politik & Demokratie« auch den Beitrag des Vertrauensleutesprechers der Ruhr-Universität-Bochum gelesen, der sagte, dass wenn mehr Kollegen mitgestreikt hätten, auch mehr erreicht worden wäre.

Das ist richtig. Wir als Kolleginnen und Kollegen im Bereich der Kommunen wären bereit gewesen, mitzustreiken. Doch als ver.di in Köln zu Solidaritäts-

streiks aufgerufen hat, wurde uns in der Rheinischen Klinik gerichtlich per einstweiliger Verfügung angedroht, dass wir mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen zu rechnen hätten, und die Gewerkschaft hätte pro Streikenden eine Strafe von 250.000,- Euro bezahlen müssen.

Frage: Lag es dann an den Gerichten?

Eva Gürster: Dieses Urteil ist zwar mittlerweile von einer höheren Instanz zurückgenommen worden, aber die öffentlichen Arbeitgeber haben auf jeden Fall eine Zeitlang über das Gericht Druck gemacht, weil es für sie um die Durchsetzung der Ziele geht, die auch mit der Föderalismusreform schließlich in die „Verfassung gegossen“ werden sollen.

In Deutschland ist es so, dass nur gestreikt werden kann, wenn Tarifverträge gekündigt sind. In diesem Fall war der Bereich der Kommune zwar betroffen, aber das Gericht hat die Auffassung vertreten, dass nur dort, wo unmittelbar gekündigte Tarifverträge vorliegen, – nämlich im Landesbereich und bei den Unikliniken in NRW –, gestreikt werden darf.

Der Grund für diese Zersplitterung, der Grund für einen Ausschluss eines Teils der Beschäftigten aus dem Streik,

liegt an der Konstruktion des TVöD, der den BAT ablöst. Bei dem BAT war alles klar: Wenn er gekündigt war, konnten Hunderttausende streiken. Beim TVöD erhalten die Arbeitgeber die Möglichkeit, über Öffnungsklauseln regionale Arbeitskämpfe zu erzwingen. Außerdem war die ver.di-Führung bereit, mit dem Bund und den Kommunen den TVöD im September vergangenen Jahres abzuschließen, während es für die Länder keinen Tarifvertrag gab. Das hat zu einer zusätzlichen Spaltung geführt.

Es gab von den Kollegen Versuche, aus dieser Falle herauszukommen. Der Landesbezirksvorstand von NRW hat z.B. beschlossen, die Bundestarifkommission aufzufordern, auch den Arbeitszeittarifvertrag für die Kommunen in NRW zu kündigen. Dann wären alle Bereiche gemeinsam streikfähig gewesen. Aber diese Forderung wurde von der ver.di-Spitze abgelehnt.

Frage: In den Diskussionen wird von Frank Bsirske und Kurt Martin immer wieder darauf verwiesen, dass die Bedingungen angeblich keine andere Möglichkeit zugelassen hätten und dass man Abstriche machen musste.

Eva Gürster: Ich habe schon gesagt,



dass zu den Bedingungen gehört, dass sie selbst den BAT/BMT-G haben fallen lassen und sich zum Abschluss des TVöD bereit erklärt haben, wodurch der Rahmen für die Zersplitterung geschaffen wurde.

Aber man muss noch einen Schritt weiter gehen:

Sowohl im TVöD als auch im TV-L wurde mit den Arbeitgebern z.B. der Übergang zu einer Leistungsbezahlung vereinbart. Die Lohnerhöhung 2007 fließt im Landesbereich komplett in einen Fonds, aus dem Leistungsprämien finanziert werden sollen. Wie werden die festgelegt? Durch Kommissionen auf betrieblicher Ebene. Niemand kann bestreiten, dass das eine strategische Weichenstellung hin zum Abschluss von Bezahlsregelungen auf Betriebsebene ist. Das gleiche gilt für die Arbeitszeitregelungen, wo jetzt ein Arbeitszeitkorridor eingeführt und die Arbeitszeit auf betrieblicher Ebene innerhalb dieses Korridors festgelegt wird.

Das alles sind Elemente, wo prinzipielle Unterschiede deutlich werden darüber, was eine Gewerkschaft ist und welche Aufgaben sie hat.

Der gesetzliche Mindestlohn ist ein Sprengsatz für den DGB

Ich will noch hinzufügen, dass ich auch mit Sorge die Rolle sehe, die ver.di beim gesetzlichen Mindestlohn einnimmt. Die ver.di-Führung vertritt offen die Auffassung, dass der Verfall der Löhne in Deutschland nicht durch die Verteidigung des Flächentarifvertrags aufzuhalten ist. Ver.di setzt den gesetzlichen Mindestlohn gegen den Tarifvertrag. Aber gesetzlicher Mindestlohn heißt, dass der Regierung das Recht zugebilligt wird, den Lohn festzulegen. Das ist eine Abkehr von der Tarifautono-

mie, eine Abkehr von freien Verhandlungen, und stellt die Unabhängigkeit der Gewerkschaft in Frage.

Ich fürchte auch um die Zukunft des DGB: Der gesetzliche Mindestlohn ist ein Sprengsatz für den DGB, weil er alle die Grundsätze in Frage stellt, – Tarifautonomie, freie Verhandlungen, Flächentarifverträge –, auf denen der DGB ruht.

Frage: Wie kommt es zu dieser Entwicklung?

Eva Gürster: Ich habe jetzt gelesen, dass auf internationaler Ebene eine Fusion zwischen dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften, IBFG, und dem christlichen Weltverband der Arbeitnehmer WVA kommen soll.

Das erste Problem ist: Ich würde einmal behaupten, dass 99% der Gewerkschaftsmitglieder unserer DGB-Gewerkschaften darüber nichts, aber auch gar nichts weiß und nicht informiert wurde. Das zweite Problem: Wir kennen die sog. christlichen Gewerkschaften in Deutschland als arbeitgeberabhängige Vereinigungen, die in erster Linie dazu dienen, den Arbeitgebern die Tariffucht aus den Flächentarifverträgen mit den DGB-Gewerkschaften zu ermöglichen. Wenn mit deren Weltverband eine Fusion vor-

Eva Gürster: „Ich behaupte, dass der Ablauf der Streikbewegung im Öffentlichen Dienst und die geplante Fusion zwischen dem IBFG und dem christlichen Weltverband der Arbeitnehmer WVA etwas miteinander zu tun haben!“

bereitet wird, hat das eine Bedeutung.

Wenn sich auf internationaler Ebene eine unabhängige Gewerkschaftszentrale wie der IBFG auflöst und mit einer auf die Zusammenarbeit mit den Arbeitgebern orientierten Vereinigung fusioniert wird, dann ist das von grundsätzlicher Bedeutung und hat Rückwirkungen auf die nationalen Gewerkschaftsbünde.

Von daher sehe ich den Druck, Auffassungen über gewerkschaftliches Handeln durchzusetzen, die eigentlich gar nicht mehr gewerkschaftlich sind, nicht mehr mit unabhängiger Gewerkschaft zu tun haben. Hier sehe ich eine Verbindung zu dem Konflikt um den Mindestlohn, der jetzt im DGB aufgebrochen ist.

Ich bin dafür, dass wir uns mit diesen Fragen beschäftigen, dass wir das diskutieren. Ich glaube, dass wir dann auch eine Antwort darauf finden, wie wir den Flächentarifvertrag in Deutschland verteidigen und wie wir dort, wo er wie im Öffentlichen Dienst verloren gegangen ist, wieder zu ihm zurückkehren können.

„Alle Beschäftigten in den Ländern sind wieder tarifvertraglich abgesichert und der Flächentarifvertrag wurde gesichert,“ informiert die ver.di-Bundesverwaltung am 20. 5. 2006.

Die Fakten sprechen dagegen !

- **Statt bundeseinheitlicher Arbeitszeit: Regionalisierung der Arbeitszeiten und weitere Öffnungsklauseln !**
- **Statt Rückkehr zu einheitlichem Weihnachts- und Urlaubsgeld: Ungleichbehandlung, Absenkung und weitere Öffnungsklauseln bei den Jahressonderzahlungen!**
- **Statt Lohnerhöhung: Einmalzahlungen und für weitere zwei Jahre Aussetzung von tabellenwirksamen Lohnerhöhungen!**
- **Statt „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“: Gewerkschaftliche Grundsätze außer Kraft gesetzt !**

Ein Beispiel: Eine Psychologin bei der Stadt Köln arbeitet 38,5 h, bekommt 60% Jahressonderzahlung und 300,- Euro Einmalzahlung 2007. Eine Psychologin beim Land NRW arbeitet 39,68 h, bekommt 35% Jahressonderzahlung und 100,- Einmalzahlung 2007 (usw.).

Es gibt keinen Flächentarifvertrag mehr, der „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ sichert!

- **Statt kollektiver Schutz durch Flächentarifvertrag: TV-L und TVöD segnen den Abbau tarifvertraglicher Errungenschaften ab !**

- **Ein bundeseinheitlicher Arbeitskampf: Eine gemeinsame Mobilisierung Kommune-Bund-Länder bei Arbeitszeiten und Jahressonderzahlungen kaum mehr möglich !**

Bei den Arbeitszeiten gibt es Öffnungsklauseln im TVöD und TV-L.

Bei der Jahressonderzahlung gibt es Öffnungsklauseln im TV-L.

Prozentuale Lohnerhöhungen hat es 2005, 2006 und 2007 nicht gegeben. Es gibt Einmalzahlungen, die keine erhöhende Basiswirkung für Sonderzahlungen und Zulagen haben. Beim TV-L gibt es eine Lohnerhöhung für 2008. Im Bereich des TVöD ist für 2008 eine „Entgelttrunde“ geplant.

Folglich droht also eine vollkommene Auseinanderentwicklung der Bereiche TVöD und TV-L.

Robert Fröhlich (ver.di)

Kreisgebietsreform in Mecklenburg-Vorpommern

Eine Reform gegen die Interessen der Menschen im Land?

Eine Reform im eigentlichen Sinne ist es nicht, aber, SPD und Linkspartei haben sich am 5. April im Schweriner Landtag durchgesetzt, gegen das Interesse der meisten Menschen im Lande an wohnortnahen und arbeitsfähigen Verwaltungen, gegen das Interesse der Beschäftigten in den Verwaltungen an sinnvollen und sicheren Arbeitsplätzen.

Aus ehemals 31 Landkreisen sollen jetzt 5 werden

Es ist nach der Wende die dritte große Verwaltungsänderung im Land an der Ostseeküste. Bis zum 11. Juni 1994 war das Land in 31 Landkreise gegliedert. Die Kreisgebiete waren so bemessen, dass die Verwaltungsbüros/Ämter von den Bewohnern der Landkreise auf kurzem Wege schnell erreichbar waren.

Damit war auch die schnelle Erreichbarkeit der politisch Verantwortlichen im Kreisgebiet möglich. Die Mandatsträger einschließlich Landrat/Landrätin waren allgemein bekannt. Eine wichtige Voraussetzung für die Möglichkeit demokratischer Veränderungen bei Wahlen war so gegeben.

All diese Vorteile für die Bewohner wurden mit der Landkreisneuordnung, die am 12. Juni 1994 in Kraft trat, stark reduziert. Fortan gab es nur noch 12 Landkreise. Die Wege zu den Verwaltungsbüros wurden dadurch erheblich länger, die politisch Verantwortlichen waren schwerer erreichbar. Auch für die Beschäftigten gab es zum Teil erhebliche Nachteile: längere Wege zum Arbeitsplatz, Einschränkung der „Bürgernähe“, Wegfall von Arbeitsplätzen.

Die tatsächlichen Kosten der Landkreisneuordnung, die für alle Beteiligten entstanden, wurden nie ermittelt. Dass es um ein Sparprogramm ging, zeigt sich an der Erklärung der damals CDU-geführten Landesregierung, der öffentliche Haushalt werde entlastet! Was sie verschwiegen: durch den Wegfall von Arbeitsplätzen bei den Kreisverwaltungen mussten von den Arbeits- und Sozialämtern höhere Leistungen erbracht werden, denn Ersatzarbeitsplätze wurden nicht geschaffen, doch das schien die politische Führung des Landes nicht zu stören.

Seitdem sind etwa 12 Jahre vergangen. Eine neue Verwaltungsreform steht bevor. Das Land soll jetzt in nur noch fünf Großkreise gegliedert werden. Wieder verkünden die politisch Verantwortlichen, alles werde besser. 100 Millionen

Euro werde man jährlich einsparen, Bürokratie werde abgebaut, und es werde mehr Bürgernähe geschaffen.

Mecklenburg-Vorpommern geht es nicht anders als anderen Ost-Ländern: 2019 läuft der Solidarpakt II aus. Für das Nordostland bedeutet das, dass der Landeshaushalt von heute rund 7 Milliarden auf dann rund 5 Mrd. Euro sinkt.

Hinzu kommen die drastischen Haushaltskürzungen, zu der die Länder mit der Föderalismusreform durch die direkte Unterwerfung unter die Maastrichter Defizitkriterien gezwungen werden.

Die bisher bekannt gewordenen Zahlen und Daten weisen aber in eine andere Richtung. Beispiel „Bürgernähe“: Das größte Kreisgebiet bedeckt bisher eine Fläche von 2544 Quadratkilometern (Landkreis Ludwigslust), etwa 124.000 Einwohner leben in diesem Gebiet. Zukünftig soll der größte Landkreis (Westmecklenburg) eine Fläche von annähernd 7000 Quadratkilometer umfassen mit etwa 500.000 Einwohnern.

Selbst die Fläche des kleinsten der fünf neuen Landkreise (Nordvorpommern Rügen) ist um etwa 650 Quadratkilometer größer als der bisher größte Landkreis Ludwigslust. Entsprechend weit werden zukünftig die Wege der Bürger sein, wenn sie ihre Angelegenheiten bei ihrer Kreisverwaltung erledigen müssen.

Die Arbeitslosigkeit im Land wird weiter zunehmen

Im Zuge der Reform sollen 15 500 Stellen bei Landes- und Kreisverwaltungs-Dienststellen gestrichen werden, und das in einem Land mit einer Arbeitslosenquote von rund 20%. In manchen Gebieten von Mecklenburg-Vorpommern, zum Beispiel in Teilen Ostvorpommerns oder im Landkreis Ücker-Randow, gibt es, außer in der öffentlichen Verwaltung, kaum akzeptable Arbeitsplätze. Ein Wegfall von Arbeitsplätzen in der öffentlichen Verwaltung führt dort sehr schnell zu noch mehr Arbeitslosigkeit und verstärkt die scheinbar auswegslose Situation für große Teile der Bevölkerung. Was ist das für eine Politik? Soll Mecklenburg-Vorpommern mit Hilfe der Reform europatauglich gemacht werden?

Was tun die Gewerkschaften?

Der Deutsche Gewerkschaftsbund, Bezirk Nord, tritt gemeinsam mit Unter-

nehmervereinigungen und Industrie- und Handelskammern ein für „eine umfassende und tief greifende Reform der Verwaltungsstrukturen auch an Haupt und Gliedern. Eine Reform, die so bislang noch in keinem anderen Bundesland durchgeführt wurde. Dabei werden auch die Interessen der Beschäftigten beachtet.“ (Auszug aus „Gemeinsame Erklärung“ vom 30. März 2006.)

Für viele Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, die sich mit dem „Reform“-Werk befasst haben und die die Verhältnisse in diesem Land kennen, müssen die Sätze aus der zitierten „Gemeinsamen Erklärung“ wie Hohn klingen. Von Unternehmensverbänden und Industrie- und Handelskammern erwartet man als ArbeitnehmerIn keine Hilfe, wohl aber von Gewerkschaften.

Woran lag es aber, dass sich der DGB über die Interessen von ArbeitnehmerInnen und BürgerInnen hinweggesetzt hat? Wie war das möglich? Wo waren die Einzelgewerkschaften? War es vielleicht einfach die Fortsetzung der Politik, die von der DGB-Führung seit Jahren schon, auch auf anderen Ebenen, vertreten wird?

Zum Beispiel die Unterstützung für die Privatisierungen und Deregulierungen im Rahmen der EU, die eine Verschlechterung der ArbeitnehmerInnen, Preisanstiege und die Ausweitung der Massenarbeitslosigkeit zur Folge hatten und haben. Oder die Unterstützung für Kanzler Schröders Agenda-Gesetze, die immer mehr Menschen ins Elend treiben und die unter der Regierung Merkel/Müntefering noch verschärft werden sollen. Oder die „kritische Begleitung“ der Föderalismusreform. Kann das so weiter gehen?

Natürlich nicht. Dafür wurde unsere Gewerkschaft nicht gegründet und auch nicht der DGB. Aber klar ist auch, dass ohne die Rücknahme aller für uns nachteiligen Richtlinien und Gesetze alles noch schlimmer wird. Was also tun? Die Forderung nach Rücknahme muss ausgesprochen werden. Dann kommt die Organisation der Durchsetzung. Ein schwerer Weg, aber wohl unumgänglich.

Vielen KollegInnen ist das klar. Auch Michael Sommer? Wäre das nicht die Aufgabe unserer Gewerkschaftsführung? Sie hat dafür das Mandat.

So verlangt zum Beispiel Paragraph 15 der ver.di-Satzung „die Organisation der Durchsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen der Mitglieder“.

Die »Times« veröffentlicht die Karte der nächsten Zerstückelung der Nationen in Europa Stopp dieser Zerstückelung durch den Bruch mit der Europäischen Union!

Die von der britischen Zeitung »The Times« (2. Juni) veröffentlichte Karte ist äußerst beunruhigend. Abgesehen von der mehr oder weniger frei erfundenen Liste der „neuen souveränen Staaten“, macht die Karte deutlich, was die Europäische Union von nun an auf die Tagesordnung setzen will: die Zerschlagung der Nationen.

Reine Hirngespinnste? Urteilen Sie selbst anhand der jüngsten Ereignisse, über die wir hier berichten.

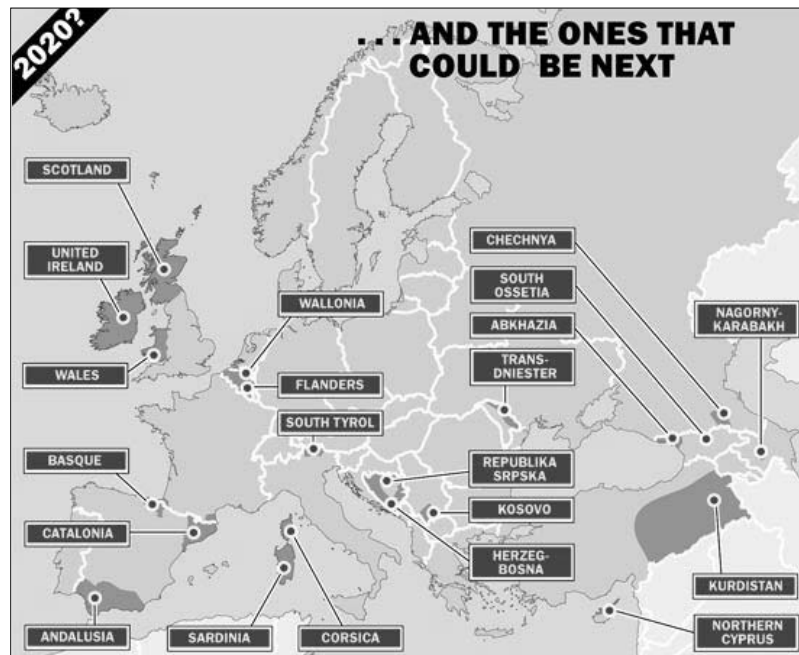
IN Belgien hat der außerordentliche Gewerkschaftstag der CMB (Metallgewerkschaft im FGTB) Ende April die neuen Statuten angenommen, die die Finanzmittel und den Besitz der Gewerkschaft zwischen den Wallonen und Flamen aufteilen und faktisch die Gewerkschaft zu regionalisieren.

Erinnern wir daran, dass das Parlament am 1. Juni einen Gesetzentwurf von »Vlaams Belang« (extrem rechte flämische Partei) für zulässig erklärt hat, der Belgien aufteilen und Flandern und Wallonien zu zwei souveränen Nationen machen will.

In Italien verfolgt das Referendum über die Verfassungsreform, das am 25. Juni stattfindet, das Ziel, mehrere Zuständigkeiten vom Staat auf die Regionen zu verlagern: beim Gesundheits- und Bildungswesen, bei den Steuern... Damit würde die Bildung des Föderalismus weiter vorangetrieben und die Gründung von „20 kleinen Italien“ vollendet. Das ganze geschieht im Konsens zwischen den rechten Parteien Berlusconi und dem „linken“ Parteienbündnis von Prodi-Bertinotti, das von den italienischen Freunden Krivines und Besancenots (französische LCR) unterstützt wird.

In Spanien gibt es für die Reform des Status Kataloniens den Vorschlag, Katalonien zu einer Agentur der Europäischen Union zu machen, v.a. indem die Gewerkschaften in die regionalen Institutionen integriert werden.

Welche Verbindungen gibt es zwischen diesen verschiedenen Ereignissen? Nachdem die Europäische Union das Referendum in Montenegro organisiert hat, in dem internationalen Rahmen, der vom amerikanischen Imperialismus und seinen Institutionen (IWF und Weltbank) festgelegt wurde, will die EU jetzt die Zerschlagung der Nationen



Die obige Karte ist die letzte von drei in der »Times« gedruckten: Karte 1 zeigt die Staaten, wie sie 1989 waren; Karte 2 zeigt die Veränderungen seit 1991; Karte 3 mit der englischen Überschrift „... AND THE ONES THAT COULD BE NEXT“, macht deutlich, was die Europäische Union vorhat: Aufspaltung der Nationen.

und Arbeiterschaft in ganz Europa bis zu Ende führen.

So unterschrieb wenige Tage nach der „Spaltung“ des CMB in Belgien der flämische Zweig einen Grundsatzvertrag mit dem flämischen Unternehmerverband über die Flexibilisierung in der Autoindustrie. Laut »6 Com« (Pressechau der Lütticher Metaller, die täglich im Internet erscheint) „schafft der Vertrag Instrumente, die Mehrarbeit erlauben, wenn die Konjunktur das verlangt, und Kurzarbeit in Flauten. So könnten sich einige Betriebe für die Sechstageswoche entscheiden, außerhalb des Systems der Überstunden. Andere könnten den 10-Stunden-Tag wählen“ (...).

Gibt es hier nicht einen Zusammenhang zwischen diesem Vertrag für die allgemeine Deregulierung und der Spaltung der CMB? So brutal diese Offensive auch sein mag, und trotz der Unterstützung für sie auf allen Ebenen, – sie fordert den Widerstand der engagierten KollegInnen und Verantwortlichen auf allen Ebenen heraus.

Auf dem Gewerkschaftertreffen in Genf am 11. 6. wies ein italienischer Delegierter darauf hin, dass Gewerkschaftsverantwortliche, die früher die Regionalisierung begrüßten, heute zum Kampf dagegen aufrufen.

In Belgien haben sich Rudy De Leeuw und Anne Demelene, der designierte Vorsitzende und die Generalsekretärin des FGTB, auf dem FGTB-Kongress zu den Statuten am 9. Juni für einen „starken, vereinten und solidarischen FGTB“ ausgesprochen.

Und wenn sich Marc Goblet einsetzt für „das bundesstaatlich verankerte Recht auf Arbeit, bundesstaatliche Flächentarifverträge und soziales Sicherungssystem“, muss man das so verstehen: Weil Belgien ein Bundesstaat ist, setzt er sich für ein einziges Arbeitsrecht, ein einziges soziales Sicherungssystem für die gesamte belgische Arbeiterschaft mit allen ihren flämischen und wallonischen Bestandteilen ein. Und er hat recht!

Angesichts der Gefahren für die belgischen ArbeitnehmerInnen muss tatsächlich dringend und bedingungslos die Einheit des FGTB und die Einheit der belgischen Arbeiterschaft verteidigt werden. Genauso dringend muss die Unabhängigkeit aller Arbeitnehmerorganisationen in Belgien und in allen europäischen Ländern gewahrt bleiben. Dieser Kampf verlangt den Bruch mit der Europäischen Union!

Korrespondent

BELGIEN • Auszüge aus dem Editorial von »Tribune des travailleurs« (Tribüne für ArbeitnehmerInnen), Zeitung der Bewegung zur Verteidigung der ArbeitnehmerInnen (MDT), Mitglied der Internationalen Arbeitnehmerverbundung

„Angesichts der drohenden Zerstückelung Belgiens – welchen politischen Ausweg gibt es?“

»**I**N sehr kurzer Zeit haben sich in Belgien Ereignisse gehäuft, die auf wachsende Gefahren für die ArbeitnehmerInnen und die organisierte Arbeiterbewegung hinweisen. (...)

Sieben Tage nach der Mordserie von Anvers brachte die (rechtsextreme Partei) Vlaams Belang im Parlament einen Resolutionsentwurf ein über die „Aufteilung des belgischen Staates“ (diese wird von allen flämischen Parteien erwogen und von allen wallonischen Parteien abgelehnt). Das geschah, nachdem drei Wochen vorher, diesmal auf Initiative von Wallonen, der CMB-Gewerkschaftstag diese wichtige Einzelgewerkschaft im FGTB nach „Gemeinschaftskriterien“ gespalten hatte. (...)

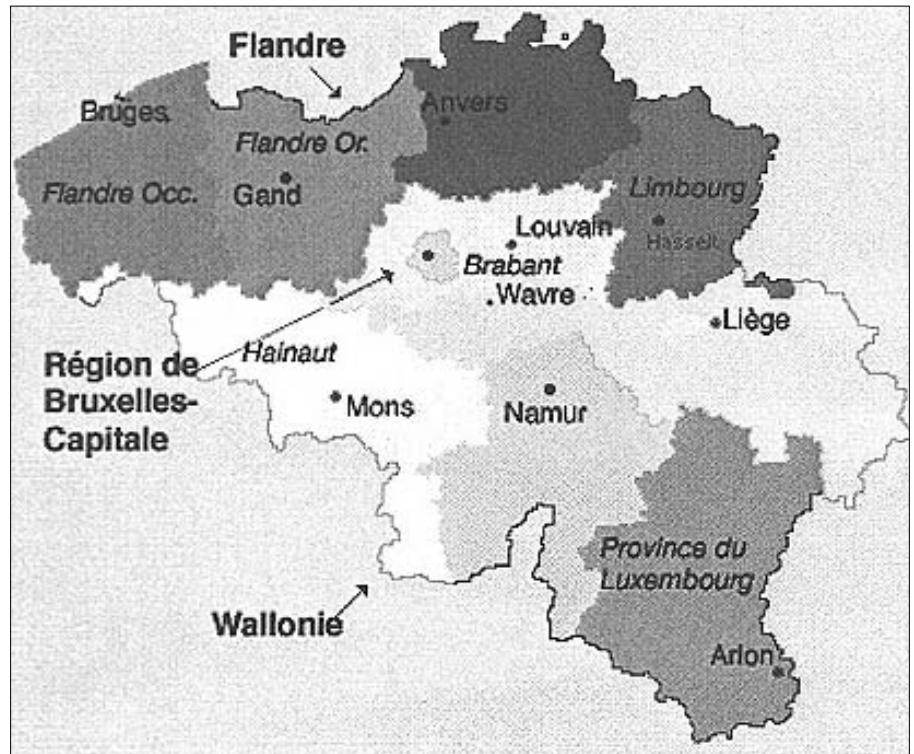
Diese Tatsachen beweisen eine schnelle, beunruhigende Entwicklung, und das in einer allgemeinen politischen Situation, die von einer verschärften Offensive gegen die sozialen Rechte geprägt ist. Diese beiden Tatbestände sind untrennbar miteinander verbunden.

Sie wollen „bis zu Ende“ gehen

Bekanntlich wird jetzt das Skelett unseres Sozialmodells in den Schraubstock genommen: das soziale Sicherungssystem und die landesweiten Flächentarifverträge. Um sie in Frage zu stellen, um „bis zu Ende“ zu gehen, sind alle Mittel recht. Zunächst scheint der Amoklauf von Anvers (...) in keinem Zusammenhang mit der Existenz unserer sozialen Errungenschaften zu stehen. Doch diese Ereignisse werden in einer Weise politisch ausgeschlachtet, um den von ihnen ausgelösten Schock als Rammbock gegen unser Sozialmodell auszunutzen.

Der Vorsitzende des regionalen FGTB von Liège-Huy-Waremme, Marc Goblet, sagte vor der Versammlung der SP-GenossInnen in Lüttich am 1. Mai: „Es ist unverzichtbar, die Einheit der Linken zu stärken, um das bundesstaatlich verankerte Recht auf Arbeit, bundesstaatliche Flächentarifverträge und das bundesstaatliche soziale Sicherungssystem zu garantieren.“

Einen Monat später, nach den genannten Ereignissen, hört sich diese



Die „Provinzen“ Belgiens

Erklärung wie eine Ermahnung zur Vernunft, zu einer Kehrtwende an. Es geht um die Einheit (der beiden Parteien) SP und SP.A, um darum die von Marc Goblet genannten grundlegenden Errungenschaften zu garantieren.

Doch zur Zeit sind SP und SP.A in einer Koalitionsregierung mit den Liberalen, was die Spaltung der Sozialisten zur Folge hat. Diese Regierung zerstört eine nach der anderen wesentliche Errungenschaften, die Rechte der Arbeitslosen und die öffentlichen Dienste, um schließlich beim sogenannten „Generationenvertrag“ anzukommen und heute bei der „Wettbewerbsfähigkeit“, bei Angriffen auf unsere Löhne und unser soziales Sicherungssystem.

Sie wollen uns spalten, um uns die Rechte zu rauben

Natürlich ist es notwendig, die Welt der Arbeit zu spalten, um deren Rechte vernichten zu können (...).

Diese gesamte Politik des sozialen Rückschritts wird bis in Detail von der

Europäischen Union diktiert. Weil diese für den Profit der Multis eine Beschleunigung der Angriffe fordert, verstärken sich erneut, mehr als je zuvor, die Gefahren für den Fortbestand des sozialen Sicherungssystems und die landesweiten Flächentarifverträge.

Deshalb ist es sehr wichtig, dass der FGTB in der Vorbereitung seines Kongresses die Notwendigkeit bekräftigt hat, ein landesweites soziales Sicherungssystem zu wahren und die landesweite Einheit der Gewerkschaftsorganisation dafür zu verteidigen.

Weil die Minister von SP und SP.A an einer Regierung beteiligt sind, deren Politik diesem Ziel entgegengesetzt ist, ist da der FGTB nicht die einzige Kraft, die nachdrücklich die Verantwortlichen von SP und SP.A zur Ordnung rufen und von ihnen verlangen kann, dass sie sich für die Verteidigung „des Arbeitsrechts, der kollektiven Tarifverträge, des sozialen Sicherungssystems“ in ganz Belgien engagieren? Ist der FGTB nicht berechtigt, die Dinge wieder gerade zu rücken? Mit 1,3 Millionen Gewerkschaftsmitgliedern hat er die Kraft dazu, sobald die

(Forts. S. 11 links)

Diskussion eröffnet über die Gefahren der „neuen Gewerkschaftsinternationale“

Am Sonntag, dem 11. Juni, trafen sich Delegationen aus 19 Ländern (1) in Genf zum 13. Internationalen Gewerkschaftertreffen auf Einladung der Internationalen Verbindung der ArbeitnehmerInnen und Völker, für die Verteidigung der IAO-Übereinkommen und der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit.

Die IAV, die keine nationale oder internationale Organisation der Arbeiterbewegung ersetzen will, organisiert diese Treffen anlässlich der IAO-Jahresversammlungen für eine freie Diskussion über die Schlüsselfragen der Arbeiterbewegung. Jahrelang wurde über die Verteidigung der IAO-Übereinkommen gegen ihre Verwässerung diskutiert.

Doch seit einigen Jahren bahnt sich eine wichtige Wende an, die die Existenz der IAO selbst und darüber hinaus die der Gewerkschaften, die auf der Vertretung der spezifischen Arbeitnehmerinteressen beruhen, aufs Spiel setzt. Dahinter steckt die Offensive des Imperialismus, der internationalen Institutionen, um die „neue Weltführungspolitik“ zu diktieren.

Das 13. Treffen bot die Gelegenheit, eine unverzichtbare Diskussion über die Realität der „neuen Gewerkschaftsinternationale“ IBG zu eröffnen, die am 1. November 2006 in Wien nach vorheriger Auflösung des IBFG und des WVA gegründet werden soll.

In seiner Einleitung warnte IAV-Koordinator Daniel Gluckstein vor der Gefahr, dass alle Gewerkschaftszentralen weltweit durch die Schaffung des neuen sog. „Internationalen Gewerkschaftsbundes“ verschwinden werden.

Das letzte UNO-Weltgipfeltreffen hat sich die Arbeit der »Weltkommission der sozialen Dimension der Globalisierung«, die 2004 von der IAO gebildet wurde, zu eigen gemacht, in der es heißt: „Wir sind für eine ausgewogene Globalisierung“ und für „eine menschenwürdige Arbeit für alle“. Muss man das nicht im Zusammenhang sehen mit der Gründung einer „neuen Gewerkschaftsinternationale“ IBG?

13. Internationales Gewerkschaftertreffen: Für die Verteidigung der IAO-Übereinkommen und der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit

LUC DELEY ging in seiner Begrüßung auf die gerade gescheiterte vollständige Privatisierung der SWISSCOM ein, dem ehemaligen und mittlerweile zu 40% teilprivatisierten Telekommunikationsbereich der Schweizer Post ein. „Das

war Ergebnis einer gemeinsamen Kampagne, die die Sozialdemokratische Partei der Schweiz zusammen mit den Gewerkschaften geführt hat.“ Die Abgeordneten hatten die Vollprivatisierung der SWISSCOM abgelehnt, nachdem SP und Gewerkschaften mit einem Referendum gedroht hatten, berichtete er.

„Das ist ein Sieg“, fügte er hinzu, „die Situation ist aber zugleich widersprüchlich, weil im gleichen Zug eine Verfassungsreform auf den Weg gebracht wurde, die solche Referenden für die Zukunft unmöglich machen würde.“ Seit 1873 gibt es nach der Schweizerischen Verfassung das Recht, mit einem Referendum ein bereits beschlossenes Gesetz durch das Volk aufheben zu lassen. „Ohne dass die Schweiz Mitglied der EU ist, soll auf diese Weise die Politik der EU durchgesetzt und die Schweiz an sie angepasst werden“ - ein Beispiel für den Eingriff und die Zersetzung der Souveränität der Nationen, wie sie durch die Politik der EU oder auch anderer supranationaler Organismen vorangetrieben werden.

Diese Zersetzung der Nationen durch die Politik der EU griff auch Daniel Gluckstein, der Koordinator der IAV, in seiner Einleitung auf. Er bezog sich auf die Gründung des „Staates“ Montenegro mit 600.000 Einwohnern nach einer von der EU organisierten Volksabstimmung, die „überraschenderweise“ genau die von der EU geforderten 55% Zustimmung erreicht hatte. Er verwies auf einen Artikel der englischen »Times«,

die eine Landkarte Europas mit den künftigen potentiellen „neuen Staaten“: Schottland, Südtirol, Baskenland, Katalonien, Flandern, Wallonien ...; also eine Karte der politischen Zersetzung der Nationalstaaten Europas, gedruckt hat.

Seit einigen Jahren hat die IAV auf ihren Treffen und Konferenzen über den Zusammenhang zwischen der Zersetzung der Nationen und den Angriff auf die Arbeitnehmerorganisationen und -errungenschaften, die im jeweils nationalen Rahmen existieren, diskutiert und entsprechende Kampagnen beschlossen und durchgeführt. „Meinem Eindruck nach nähern wir uns nun einem Punkt“, meinte Daniel Gluckstein, „wo es einen Umschlag von Quantität in Qualität gibt!“

Diese Politik ist verbunden mit den Plänen zur Reform der UNO, die den sog. Vertretern der „Bürgergesellschaft“ einen entscheidenden Platz einräumt, unter der neben den „sozialen Bewegungen“, die Kirchen, die unabsehbar gewordene Zahl der sog. Nichtregierungsorganisationen, die sonderbarerweise im Gegensatz zu ihrer Bezeichnung großteils von den Regierungen finanziert werden, und auch die Unternehmen verstanden werden. Im Rahmen dieser Reform der UNO mit der Stärkung des Platzes der Vertreter der Bür-

(1) Algerien, Deutschland, Bangladesch, Belgien, Benin, Burkina Faso, Burundi, Elfenbeinküste, Frankreich, Gabun, Indien, Italien, Niger, Pakistan, Rumänien, Senegal, Schweden.

... drohende Zerstückelung Belgiens... (Forts. v. S. 10)

Verantwortlichen sich die notwendigen Mittel geben.

Man kann sich jedoch keine Illusion darüber machen, dass ein solches Ziel direkt mit der Regierungskoalition mit den Liberalen zusammenprallt, die letztlich nur die Anforderungen der Europäischen Union umsetzt. Das haben wir schon mit dem „Generationenvertrag“ erlebt.

Muss man daher angesichts der uns drohenden Katastrophe nicht mit Recht von SP und SP.A fordern, dass sie die Koalition mit den Liberalen aufkündigen; dass sie die vom FGTB vorgetragene Forderungen aufnehmen und gemeinsam mit ihm mobilisieren für eine Regierung zur Rettung der sozialen Rechte? Das bedeutet aber unausweichlich eine Regierung des Bruchs mit der Europäischen Union.

Der Ernst der Lage und die sich abzeichnenden Gefahren – setzen sie nicht diesen Ausweg auf die Tagesordnung?«

gesellschaft setzt sich die UNO das Ziel, die „soziale Verantwortung“ der Unternehmen zu stärken.

Bei ihren jährlichen internationalen Gewerkschaftertreffen hat die IAV sich immer wieder damit beschäftigen müssen, dass das System der Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) zersetzt wird. Seit dem direkten Eingreifen des US-Präsidenten Clinton im Rahmen der IAO haben wir verfolgen können, wie die verbindlichen, von den Staaten zu ratifizierenden und nationales Arbeitsrecht setzenden Übereinkommen durch einen unverbindlichen Kodex von Verhaltensregeln für die internationalen Konzerne ersetzt werden sollten.

In der jetzt anstehenden Reform der IAO, die mit der der UNO selbst Hand in Hand geht, soll sich die IAO selbst das Ziel setzen, diesen Rahmen der sozialen Verantwortung der Unternehmen zu stärken. Wenn die IAO das zu ihrer Aufgabe macht, verlässt sie den aus Regierungs-, Unternehmer- und Gewerkschaftsvertretern bestehenden drittparitätischen Rahmen, der für sie bisher die Basis ihrer Existenz war, und siedelt die Vertretung von Arbeitnehmerinteressen auf der unmittelbaren Unternehmensebene an. Damit sollen auch die Gewerkschaften zu einem direkten Hebel zur Durchsetzung der Unternehmensziele gemacht werden.

Die Stärkung der „sozialen Verantwortung der Unternehmen“ steht in direkter Verbindung mit der Politik der „global governance“. Global governance ist ein politischer Begriff, der der Management-Lehre entlehnt ist. Mit „corporate governance“ bezeichnet man dort die Unternehmensführung. „Global governance“ ist also eine Politik auf Weltebene nach den Methoden der Unterneh-

menführung.

„Vor kurzem hat einer der Vertreter dieser Politik erklärt, was der Unterschied zwischen government und governance ist“, so Daniel Gluckstein. „Er hat gesagt, dass bei der governance verschiedene, oft unterschiedliche Standpunkte und Interessen zusammengeführt werden. Demgegenüber sind Regierungen nach dem Verständnis der Demokratie Ergebnis von demokratischen Wahlen, in denen sich unterschiedliche soziale Interessen ausdrücken, und sie existieren im Rahmen der Gewaltenteilung.“

Global governance, „Weltführungs politik“, ist nichts anderes als ein Neuaufguss der alten Idee der „Versöhnung der Klasseninteressen“, des Korporatismus, der einen eigenen Ausdruck der Interessen der Arbeitnehmer durch ihre Organisationen verneint und unterdrückt. Dieser Korporatismus ist nicht zuletzt Kennzeichen aller Diktaturen und hatte in Deutschland unter dem Faschismus die Form der „Deutschen Arbeitsfront“, in der Unternehmer und Arbeitervertreter miteinander „versöhnt“ wurden – wir wissen, unter welchen Umständen!

An die Stelle des faschistischen Terrors tritt heute der Druck, dass die Gewerkschaften sich freiwillig in diesen Korporatismus integrieren. „Für mich ist ein großes Problem, so ein italienischer Kollege, dass ein Großteil der Linken den Unterschied zwischen government und governance nicht versteht oder nicht verstehen will. Wenn das nicht so wäre, würden wir heute hier nicht sitzen.“

Das Internationale Gewerkschaftertreffen auf Initiative der IAV hat sich in den vielen Diskussionsbeiträgen mit dem Druck beschäftigt, der durch diese Politik auf die Gewerkschaften ausgeübt wird. Dieser Druck übersetzt sich vor

allem durch die für November geplante „Fusion“ des Internationalen Bunds freier Gewerkschaften (IBFG) und des christlichen Weltverbands der Arbeitnehmer (WVA). „Ich will behaupten, dass es kein Land der Welt gibt, in dem außer einer Handvoll von Gewerkschaftsverantwortlichen die Gewerkschafter über die Pläne zur Fusion von IBFG und WVA bescheid wissen“, so einer der Kollegen.

Die IAV hat mit ihrem Treffen die Diskussion über diese Fragen eröffnet, die sich um folgende Punkte konzentrieren sollte:

- global governance und Integration der Gewerkschaften
- Bedeutung des Fusionskongresses zwischen IBFG und WVA und die Frage der unabhängigen Arbeiterorganisationen
- Bedrohung der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und Bedrohung der Nationen
- praktische Konsequenzen für die verschiedenen Länder
 - Die Diskussion soll nicht nur in angemessenen Formen in jedem Land, sondern auch im Rahmen des Bulletins der IAV bis November fortgesetzt werden.
 - Aus Anlass des Fusionskongresses IBFG/WVA am 1. November in Wien wurde dem Büro der IAV das Mandat gegeben, einen Brief an alle Delegierten und Organisationen zu diesem Kongress zu schicken, um mit ihnen die Diskussion über die notwendige Verteidigung der gewerkschaftlichen Unabhängigkeit zu führen.

Daniel Gluckstein Eine Vielzahl neuer Staaten in Europa

Auszug aus seinem Bericht auf dem
13. Gewerkschaftertreffen in
Genf, 11. Juni 06

»Die meisten von euch haben sicher vor einigen Wochen gehört, dass Europa stolz sei auf die Schaffung eines neuen „souveränen“ Staates mit vielen Anführungsstrichen: Montenegro, 14.000 km² groß, 600.000 Einwohner, erlebte seine „Unabhängigkeit“ durch ein von der Europäischen Union organisiertes Referendum. Die EU hatte von vornherein den Prozentsatz der Stimmen – 55% - festgelegt, mit dem das Land unabhängig werden sollte. Wie durch ein

Wunder wurde der mit 55,4% erreicht. Doch am bezeichnendsten war nicht, dass Montenegros Unabhängigkeit verkündet wurde, sondern dass sofort danach alle Autoritäten der EU sagten: „Montenegros Unabhängigkeit leitet eine neue Ära ein, in der eine Vielzahl neuer Staaten in ganz Europa aufblühen wird.“

Die Londoner Zeitung »The Times«, deren Seriosität niemand anzweifeln kann, hat dazu sogar eine Karte abgedruckt (s. auf Seite 9). Die Karte zeigt, welche neuen „souveränen Staaten“ in der EU bis zum Jahr 2020 angekündigt werden. Dabei ist noch zu bezweifeln, ob sie damit bis 2020 warten werden.

Die Liste ist bezeichnend: Schottland, Irland, Wales, französisches und spani-

sches Baskenland, französisches und spanisches Katalonien, Andalusien, Sardinien, Korsika, Wallonien von Flandern abgespalten, so dass Belgien verschwindet, Südtirol erklärt sich für unabhängig, wie auch die Republik Serbien, die sich vom restlichen Bosnien-Herzegowina trennt, Kosovo, Republik Transnistrien im Osten Moldawiens, Südossetien, Tschetschenien, Nagorny-Karabach, Kurdistan, Nordzypern...

Abgesehen vom mehr oder weniger phantasiereichen Charakter dieser Liste – wobei die »Times« keine Zeitung von Phantasten ist – steckt darin eine Logik. Und diese bedeutet die Atomisierung der Staaten und Nationen, eine allgemeine Zerstückelung aller souveräner Staaten, eine nicht enden wollende Balkanisierung.«